

## Kita-Streit: Dem Land droht eine 130-Millionen-Klage

**Kiel/Lübeck – Auf die Landesregierung in Kiel rollen dreistellige Millionen-Mehrkosten für die Kinderbetreuung zu. Mehrere Kommunen wollen vor dem Verfassungsgericht in Schleswig klagen. Ihr Ziel: Das Land soll sämtliche Kosten für den Krippen-Ausbau übernehmen. Das hat Lübecks Bürgermeister und Städtetags-Chef Bernd Saxe den LN bestätigt.**

„Wir bereiten die Klage vor, eventuell in Form einer Sammelklage“, so Saxe. Hintergrund: 35 Prozent aller unter Dreijährigen müssen bis Januar 2013 mit einem Krippenplatz versorgt werden können. Das hat der Bund im Kinderförderungsgesetz festgelegt. Die Aufgabe wurde an die Länder delegiert, die übertrug sie den Kommunen.

Zwar gibt es von Bund und Land Zuschüsse für Bau und Betrieb der zusätzlichen Krippen, auf dem Großteil der Kosten sollen die Kommunen aber sitzenbleiben. Dagegen haben sie in Nordrhein-Westfalen vor dem Verfassungsgericht geklagt – mit Erfolg. Weil das sogenannte Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung stehe (es legt, umgangssprachlich gesagt, fest: „Wer bestellt, bezahlt“), müsse das Land die Kosten übernehmen, so die Richter in der vergangenen Woche. „Eine bahnbrechende Entscheidung“, sagt Saxe. Das Konnexitätsprinzip sei auch Bestandteil der schleswig-holsteinischen Landesverfassung, die Rechtslage also durchaus vergleichbar, die Erfolgsaussichten einer Klage in Schleswig mithin sehr hoch.

Dabei geht es um viel Geld. Alleine in Lübeck würden die zusätzlichen Krippenplätze pro Jahr für Extra-Betriebskosten von 9,8 Millionen Euro sorgen, zum Beispiel für das Personal, rechnet Saxe vor. Hochgerechnet aufs Land würden sich demnach Kosten von gut und gerne 130 Millionen Euro ergeben. „Die Zuschüsse von Bund und Land reichen bei Weitem nicht aus, um die Kosten zu decken“, erklärt auch Jörg Bülow, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages. Die politische Botschaft des Düsseldorfer Urteils sei aber eindeutig: „Das kann so nicht bleiben.“ Zumal die Kosten noch deutlich steigen dürften. „Zum einen ist der Platzausbau teurer als von Bund und Land in ihren Berechnungen angenommen. Zum anderen wird der Bedarf an Krippenplätzen in vielen Regionen des Landes deutlich höher ausfallen als 35 Prozent“, führt Bülow aus.

Offenbar könnten nur schnelle Zugeständnisse des Landes an die Kommunen die Klage noch stoppen. „Wir setzen auf schnelle Gespräche, das Land sollte die Botschaft anerkennen“, sagt Bülow. „Bei so eindeutiger Rechtslage sollte die Regierung eine unnötige gerichtliche Auseinandersetzung vermeiden“, sagt Saxe. Rechtslage anerkennen, Urteil akzeptieren, Kosten übernehmen – das sei der Dreisprung, den der zuständige FDP-Minister Ekkehard Klug nun schaffen müsse.

Der Minister hüllt sich bislang allerdings in Schweigen. Die Grünen verlangen von ihm einen Bericht zur nächsten Landtagssitzung Mitte November. Eine millionenschwere Mehrbelastung des Haushalts käme für die Regierung auf jeden Fall zur Unzeit. Das Land macht bislang jedes Jahr über eine Milliarde Euro Miese. Bis 2020 sollen die Ausgaben deshalb Jahr für Jahr um 125 Millionen Euro zurückgefahren werden. Die Spar-Leistung eines ganzen Jahres wäre bei einer Niederlage in Schleswig also mit Sicherheit dahin. Ob sich das Land seinerseits Geld beim Bund zurückholen könnte, gilt als völlig offen.

In-online/lokales vom 23.10.2010 13:27

Quelle im Internet: <http://www.ln-online.de/artikel/2871530>